

28. September 2005

Zentralrat kritisiert „Aktionsplan für Roma und Sinti“ der OSZE

Bei der heute in Warschau stattfindenden OSZE-Durchführungs-Konferenz kritisierte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, den „*Aktionsplan der OSZE zur Verbesserung der Situation der Roma und Sinti in der OSZE-Region*“. Um wesentliche Fortschritte zu erreichen, müssten die Programme der Europäischen Union und der UNO zur Bekämpfung diskriminierender Praktiken und für die Verbesserung der Lebenssituation der Minderheiten noch intensiviert werden, verlangte Rose in einer Stellungnahme.

Die bestehende Armut vieler Roma in Staaten Ost- und Südosteuropas sei durch die Kürzungen von Sozialleistungen weiter verschärft worden, ohne dass den betroffenen Menschen konkrete Alternativen insbesondere durch die Einrichtung staatlicher Beschäftigungsprogramme angeboten werden. Im Rahmen eines Informationsbesuchs in der Slowakei zusammen mit Vorstandsmitgliedern der „Internationalen Bewegung gegen Rassismus und Diskriminierung“ (IMADR) im Juni 2005 habe der Zentralrat feststellen können, dass nach den Kürzungen der öffentlichen Unterstützung um 50 Prozent seit 2004 die Armut unter den Roma in einigen Orten ein katastrophales Ausmaß angenommen hat. Die dort von Regierungsseite geförderten Projekte seien finanziell noch unzureichend ausgestattet, so Rose.

Der Zentralratsvorsitzende verlangte konkrete Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten der OSZE, gegen rassistische Darstellungen über Roma und Sinti in der Öffentlichkeit vorzugehen. Insbesondere müssten konkrete Regelungen sicherstellen, dass Behörden und Medien bei der Berichterstattung über Beschuldigungen nicht die Minderheitenzugehörigkeit der Betroffenen hervorheben. In Deutschland und in vielen anderen Staaten Europas häuften sich Fälle öffentlicher Stigmatisierung von Roma und Sinti, die ohnehin von überkommenen Klischees und Stereotypen betroffen sind. Diese Berichterstattung werde in der Regel von Polizei- und Justizbehörden veranlasst, betonte Rose. So habe unter der Überschrift „Zigeunerbande verhaftet“ die „Basler Zeitung“ in der Schweiz am 18. Juli 2005 eine Meldung der Polizei abgedruckt, in der die beschuldigten Personen mehrfach als „Zigeunerbande“ aus „vier Zigeunerinnen und einem Zigeuner“ bezeichnet wurden. Als besorgniserregend bezeichnete Rose die Tatsache, dass der Botschafter der Schweiz in Berlin, Dr. Werner Baumann, diese Kennzeichnung nachträglich gerechtfertigt und die Vermittlung eines Gesprächs mit dem Schweizer Polizeiminister verweigert habe.